

Politik und BZE wollen Studienabbrecher besser erreichen

CDU-Landtagsfraktion informiert sich über Angebot der Springer Bildungseinrichtung

VON RALF T. MISCHER

Springe. Eine intensivere Zusammenarbeit bei der Beratung und Weitervermittlung von Studienabbrechern an Universitäten – dieses gemeinsame Ziel formulierten Mitglieder der CDU-Fraktion und der Direktor und Geschäftsführer des Bildungszentrums des Einzelhandels (BZE), Holger Mosch, gestern nach einem Besuch der Politiker in der Bildungseinrichtung am Kurzen Ging.

Die Christdemokraten, alleamt Mitglieder des Arbeitskreises Wissenschaft und Kultur, hatten das BZE besucht, weil sie sich gerade mit The-

men der Nachwuchsförderung des E-Learning sowie der Zahl der Studienabbrecher befassen. Und eben beim letztgenannten Thema gibt es Schnittmengen: „Unser Bildungsangebot ist zielgerichtet – wir bieten das, was der Handel braucht“, lobt BZE-Chef Mosch die Ausbildungsgänge seiner Einrichtung.

Und ergänzte: „Zu viel Theorie ist manchmal auch nicht gut.“ Gerade für Studienabbrecher könne das BZE-Angebot, unter anderem werden Handelsfachwirte (IHK) ausgebildet, attraktiv sein.

Gabriela Kohlenberg glaubt, dass Studenten nach einem gescheiterten Studium häufig al-



Möchte, dass Studenten besser über das BZE-Angebot informiert sind: Geschäftsführer Holger Mosch.

Mischer

lein gelassen werden: „Da gibt es viel Unwissenheit, viele Studenten sind einfach schlecht informiert.“ Burkhard Jasper, Landtagsabgeordneter für den Landkreis Osnabrück, betonte,

dass auch Abbrecher in der Regel einen Wissensstand erreichen, der nutzbar sei: „Das geht ja nicht verloren“. Diese und ihre Kompetenzen besser zu nutzen – und schneller in neue

Bildungsangebote zu integrieren, sei eine wichtige Aufgabe. Dem pflichtete Mosch bei und betonte die Durchlässigkeit des Handels.

Politiker und der BZE-Chef vereinbarten, dass sie miteinander in Kontakt bleiben wollen: Es soll ausgelotet werden, ob und wie Studenten besser über Ausbildungsmöglichkeiten weiterführender Bildungseinrichtungen informiert werden können. Zwar waren sich beide Seiten einig, dass das in erster Linie eine Aufgabe der Arbeitgeberverbände sein müsse – das fachliche Wissen von Weiterbildungseinrichtungen soll aber auch berücksichtigt werden.